

extraausgabe FRIEDEN.

Themen

- Frack Off! - Again
- Wasser ist Menschenrecht!
- Wer regiert uns ?

Situation in der Ukraine

Zur Fußball-Weltmeisterschaft die wirklich wichtigen Themen kurz zusammengefasst.

Nachrichten aus der Welt

ENDLICH MONTAG!

Völkermord in der Ukraine

Geheime Verhandlungen

CETA (Comprehensive Economic and Trade Agreement) ist ein Freihandelsabkommen, das demnächst zwischen Kanada und der EU abgeschlossen werden soll. Die Verhandlungen sind soweit beendet, das Abkommen soll noch dieses Jahr inkrafttreten. Auch US-Unternehmen mit Standbein in Kanada können dank in CETA enthaltenen Investitionsschutzregelungen gegen Gesetze der EU-Länder vorgehen, selbst wenn TTIP verhindert wird. (<http://know-ttip.eu/ceta/>)

TTIP

Fracking, Genmais und Milliardenklagen
Das Transatlantische Freihandelsabkommen, offiziell Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (THIP) (englisch Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP) oder auch Transatlantic Free Trade Agreement (TAFTA)) ist ein in der Verhandlungsphase befindliches Freihandelsabkommen in Form eines völkerrechtlichen Vertrags zwischen der Europäischen Union und den USA. Andere Staaten sind nicht an den Verhandlungen beteiligt. (<https://www.attac.de/ttip-stoopen>)

TISA steht für "Trade in Service Agreement", zu Deutsch "Abkommen zum Handel mit Dienstleistungen". Das Vertragswerk wird seit Anfang 2013 zwischen der EU, USA und weiteren 19 Wirtschaftsnationen wie z.B. Kanada, Japan und Australien verhandelt. "New rules on domestic regulation to ensure regulatory settings do not operate as a barrier to trade in services" sollen sicherstellen, dass der Staat den Unternehmen nicht dabei in die Quere kommt, wenn diese neuen Märkte erschlossen werden. (<http://know-ttip.eu/tisa/>)

POROSCHENKO FEUERT WEITER Trotz der von Pjotr Poroschenko angekündigten Feuerpause gehen die Kämpfe gnadenlos weiter. Das russische Nachrichtenblatt <http://de.ria.ru> berichtet: "**Bürgerkrieg in Ukraine artet in Genozid aus**" (Genozid = Völkermord).

Poroschenko droht mit „Plan B“, berichtet RIA Novosti am 22.06.2014

(<http://de.ria.ru/politics/20140622/268821005.html>)

„Das Friedensszenario ist unser Plan A“, sagte Poroschenko am Freitagabend in Kiew. „Diejenigen, die die Friedensgespräche lediglich dazu ausnutzen wollen, Zeit zu gewinnen und Kräfte umzugruppieren, die müssen wissen, dass wir einen detaillierten Plan B haben.“ Der Präsident nannte keine Details. „Ich will jetzt nicht darauf eingehen, denn ich glaube, dass unser Friedensplan funktioniert.“

„Die ukrainische Übergangsregierung, die nach dem Februar-Umsturz an die Macht gekommen war, schickte im April Truppen in die östlichen Kohlebergbau-Regionen Donezk und Lugansk, weil diese den Machtwechsel und die neue, nationalistisch geprägte Regierung in Kiew nicht anerkannt und „Volksrepubliken“ ausgerufen hatten. Bei den Gefechten unter Einsatz von Panzern und Kampfjets gibt es auf beiden Seiten viele Tote und Verletzte.

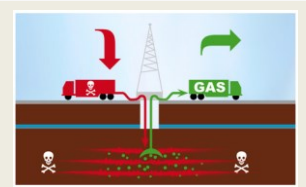
Der neue Präsident Pjotr Poroschenko verordnete am vergangenen Freitag eine **einwöchige Waffenruhe** und kündigte einen **Friedensplan** an. Russlands Präsident Wladimir Putin begrüßte Poroschenkos Friedensvorstoß. Der ukrainische Oligarch Igor Kolomojski, der von der neuen Kiewer Regierung im März zum Gouverneur des Gebiets Donezk ernannt worden ist, lehnte Poroschenkos Friedensplan strikt ab. Ein Vertreter des ukrainischen Nationalen Sicherheitsrats teilte RIA Novosti mit, dass **Kolomojski im Gespräch mit Poroschenkos dessen Verordnung abgelehnt und versprochen habe, dass seine Privatarmee „den Separatisten trotz der Waffenruhe den Rest geben wird“**. In der Nacht zum Samstag nahm die ukrainische Artillerie die belagerte Protesthochburg Slawjansk nach Angaben regionaler Behörden wieder unter Beschuss.“

(Bilder aus der Kriegsregion: <http://de.ria.ru/photolents/20140610/268724629.html>)

Fracking-Vorstoß im WM-Schatten?

Blog.tagesschau.de berichtet: „... das Parlament wird sich frühestens nach der Sommerpause mit den Fracking-Verordnungen befassen, also erst ab September. „Zeitnah“, nennt das das Wirtschaftsministerium, ohne sich auf einen handfesten Termin festzulegen.“

(<http://blog.tagesschau.de/2014/06/20/finstere-plaene-mit-fracking/>)



Atomwaffen in Deutschland

„In den letzten Wochen wurde viel über die Rückkehr des Kalten Krieges gesprochen. Altes Blockdenken, alte Feindbilder - ausgelöst durch einen schmutzigen Konflikt mitten in Europa. Und plötzlich ist auch wieder von atomarer Abschreckung und Aufrüstung die Rede. Nicht irgendwo in Russland oder Amerika, sondern mitten in Deutschland, in einem kleinen Dorf in der Eifel. Seit Jahrzehnten lagern dort Atombomben der US-Armee, streng

bewacht und gehütet wie ein Staatsgeheimnis. Eigentlich sollten die Waffen längst abgezogen werden; das hatte die Schwarz-Gelbe Bundesregierung versprochen und auch die SPD - allerdings bevor sie an die Regierung kam.“

Monitor: <http://www.wdr.de/tv/monitor/sendungen/2014/0619/atom.php5>

"Die Bürger werden eines Tages nicht nur die Worte und Taten der Politiker zu bereuen haben, sondern auch das furchtbare Schweigen der Mehrheit." (Bertolt Brecht, 1898-1956)

Forschungsbericht über die "Montagsmahnwachen für den Frieden"



Insbesondere in diesem Zusammenhang sind wir sehr glücklich, dass sich Vertreter der politischen Linken kürzlich selbst ein Bild von der Hamburger Mahnwache gemacht haben.

Die technische Universität Berlin und das Zentrum Technik und Gesellschaft haben in Kooperation mit dem Verein für Protest- und Bewegungsforschung e.V. einen Forschungsbericht über die "Montagsmahnwachen für den Frieden" veröffentlicht.

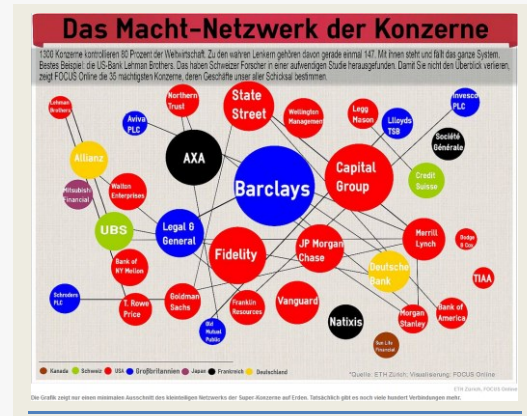
https://protestinstitut.files.wordpress.com/2014/06/occupy-frieden_befragung-montagsmahnwachen_protestinstitut-eu1.pdf

Sein persönliches Fazit hat Andreas Grünwald dieser Tage bei Facebook gepostet.

Lieber Andreas, wir danken Dir für Deine Offenheit und freuen uns auf den Austausch mit Dir und Allen, die jeden Montag für den Frieden auf die Straße gehen.

Wer regiert uns eigentlich?

Ein Artikel im Focus macht allerdings deutlich, wer tatsächlich die Welt regiert.



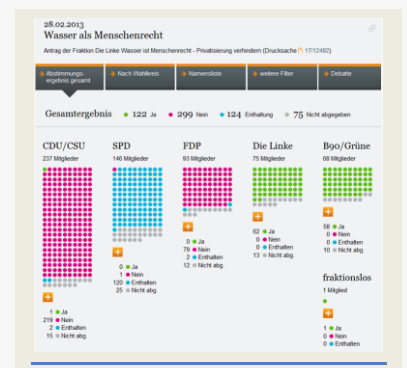
"1300 Konzerne beherrschen 80 Prozent der Weltwirtschaft", schreibt Focus.de. Damit dürfte klar sein, warum es seitens unserer Regierung kein Interesse gibt, bspw. Wasser als Menschenrecht zu verstehen und warum Abkommen zwischen den USA und EUROPA geheim verhandelt werden. (http://www.focus.de/finanzen/news/das-netzwerk-der-macht-diese-konzern-kontrollieren-die-welt_id_3929949.html)

Führt TiSA zum Verkauf der Wasserversorgung?

Die Wasser-Initiative „right2water“ fürchtet, dass TiSA zu einer Privatisierung der kommunalen Wasserversorgung führt.

<http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2014/06/01/wasser-ist-menschenrecht-right2water-warnt-vor-gefaehrlichem-geheim-abkommen/>

Insbesondere beim Thema FRACKING steigt die Sorge um eines der kostbarsten Güter der Welt: WASSER. Wasser als Menschenrecht wurde vom Bundestag abgelehnt (siehe Bild) und die EU Kommission schmetterte die "Wasser als Menschenrechtspetition" trotz 2 Millionen Unterschriften einfach ab. So schrieben die Deutschen Wirtschafts Nachrichten bereits im März 2014. (<http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2014/03/21/recht-auf-wasser-wuetende-proteste-gegen-arroganz-der-eu-kommission/>)



“Der deutsche Traum vom guten Krieg”

Am 16.06.2014 hielt Katrin McClean diese Rede auf der 12. Hamburger Mahnwache.

In den letzten Wochen begegnet mir immer wieder das Argument, man könne die Kriegseinsätze der NATO nicht einseitig verurteilen, schließlich sollten wir uns doch mal daran erinnern, dass uns die USA vom Faschismus befreit hätten. Auch Präsident Gauck, den ich momentan lieber als Bundesfeldprediger bezeichne, bezieht sich gern auf diesen Teil unserer Geschichte, und meint, wir sollten, ähnlich wie die USA 1945 bei uns, verantwortungsvoll andere Völker von ihren Diktatoren befreien.



<http://www.mahnwache-hamburg.de/2014/06/17/katrin-mcclean-der-deutsche-traum-vom-guten-krieg/>

ÖPP / PPP

In Zeiten der Eurokrise muss Europa sparen. Dafür gibt es in vielen Ländern die sogenannte Schuldenbremse. Um öffentliche Bauvorhaben dennoch weiter finanzieren zu können, hat die Politik ein fragwürdiges Finanzierungsmodell erfunden –

Öffentliche private Partnerschaften - kurz ÖPP genannt. Dabei investieren private Unternehmen in die öffentliche Infrastruktur.

Verlierer auf lange Sicht sind damit die Gemeinden – also WIR, die Steuerzahler.

Wikipedia ([http://de.wikipedia.org/wiki/%C3%96ffentlich-private Partnerschaft](http://de.wikipedia.org/wiki/%C3%96ffentlich-private_Partnerschaft))

Eine Sendung auf ARTE (<http://www.arte.tv/guide/de/049258-000/der-gepluenderte-staat>)